

**Bericht der Verwaltung  
für die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,  
Stadtentwicklung und Energie (L)**

**Baumschutzbügel**

Der Abgeordnete Herr Saxe hat zur Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie am 12. April 2012 um einen Bericht der Verwaltung zu den Baumschutzbügeln sowie um Auskunft zu Alternativen gebeten.

**Sachdarstellung:**

Baumschutzbügel werden als technische Einrichtungen besonders im Einfahrtbereich von Überfahrten oder bei Parkbuchten zum Schutz der Bäume installiert. Die Bäume sollen hierdurch gegen das Anfahren der Stämme bzw. das Überfahren des Wurzelbereichs geschützt werden.

Ortsüblich ist seit vielen Jahren der Einbau von Holzpollern. Diese sind zwar sehr umweltfreundlich, da sie aus dem nachwachsenden Rohstoff Holz bestehen und im Anschluss thermisch verwertet werden können. Aller Erfahrung nach werden sie aber sehr schnell umgefahren und haben daher keine lange Lebensdauer. Schon länger im Einsatz sind Metallpoller, die je nach Stärke stabiler gegen das Anfahren sind. Diese sind hinsichtlich Anschaffung und Entsorgung deutlich teurer und stellen im angefahrenen Zustand keine Bereicherung des Straßenbildes dar. Auch schon länger im Einsatz sind Baumbügel, besonders bei Einfahrten eingesetzt, die aber in Bezug auf Kosten und Dauerhaftigkeit die gleichen Mängel wie die Holzpoller aufweisen.

Sehr sicher und durch aktuelle Rechtsprechung auch rechtlich abgesichert ist das Ablegen von größeren Feldsteinen. Diese sind zwar in der Anschaffung teurer als die oben beschriebenen Systeme, erweisen sich aber resistent gegen das Überfahren. Hierdurch sind diese Steine sehr langlebig, darüber hinaus entstehen keine Entsorgungskosten. Feldsteine sind aktuell vor allem in den Außenbezirken von Bremen eingesetzt worden, wie z.B. in der Airport Stadt und im Neubaugebiet an der Osterholzer Dorfstraße. Aufgrund des Raumbedarfs dieser Steine kommt diese Alternative nicht in allen Straßensituationen in Betracht.

**Beschlussvorschlag**

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Evaluation der Baumschutzverordnung zur Kenntnis.